ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Der Staat - ein Gentleman, der zahlt und schweigt?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1978) : Der Staat - ein Gentleman, der zahlt und schweigt?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 4, Iss. 1, pp. 3-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/331992

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

EDITORIAL

Der Staat - ein Gentleman, der zahlt und schweigt?

Schon seit einiger Zeit liegt eine sowohl bemerkenswerte wie merkwürdige Veröffentlichung aus der »Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer« auf den Schreibtischen der wirtschaftspolitisch Interessierten dieses Landes. Bemerkenswert insofern, als sie eine sehr gründliche Analyse: »Struktur und Entwicklung der österreichischen Industrie — Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung« enthält, für die Hans Seidel als Verfasser zeichnet. Merkwürdig insofern, als die Studie des Instituts nur bis Seite 99 geht. Auf Seite 100 läuft der Text graphisch nicht unterscheidbar weiter, nur ein unauffälliger Untertitel warnt den Leser, daß er es von hier an mit den »Schlußfolgerungen der Bundessektion Industrie« und nicht mehr mit den Aussagen von Hans Seidel zu tun hat. Ob diese optische Undeutlichkeit mit Absicht herbeigeführt wurde oder bloß dem Zufall zu verdanken ist, soll hier nicht weiter untersucht werden.

Zu den Schlußfolgerungen selbst ist allerdings einiges anzumerken. Als Anlaß zu dem Untersuchungsauftrag an das WIFO führt die Bundessektion die in den letzten Jahren aufgekommene »Wachstumsskepsis« und die damit verbundene »Kritik am industriellen Sektor«, das Aufkommen verschiedener Protestbewegungen unter der Parole der »Leistungsverweigerung« sowie die Sorgen an, die sich aus den internationalen Ungleichgewichten seit dem »Ölschock« ergeben haben. Die Studie sollte klären, »ob es überhaupt noch jemals möglich sein wird, die Wohlstandssteigerung der fünfziger und sechziger Jahre zu wiederholen« und auf diese Weise Entscheidungshilfen für die industrielle Planung liefern. So weit, so gut. All das sind durchaus legitime Fragestellungen angesichts der weltweiten Krisenerscheinungen, die zu Beginn der jetzigen Dekade einsetzten. Und es wird auch niemanden wundernehmen, daß das WIFO auf eine Reihe von Faktoren hinweist, die eine zumindest mittelfristige Wachstumsverlangsamung nahe legen. Es sind dies durchwegs Faktoren objektiver Natur, die teils mit den bekannten Verschiebungen im weltwirtschaftlichen Gefüge, teils mit den ebenso bekannten und gerade von uns immer wieder aufgezeigten Strukturschwächen der österreichischen Indu-

strie zusammenhängen. Daraus wird in den »Schlußfolgerungen« im Nu eine Anklage gegen die Regierung: »Ein wesentliches Entstehungsmotiv der WIFO-Analyse ist in der Tatsache zu sehen, daß sich die *ökonomischen Rahmenbedingungen ... seit der aufkommenden Wachstumsskepsis rasant verschlechtert haben.* Dabei hatte die Regierung zumindest verbal versprochen, einer wirkungsvollen Industriepolitik grundsätzlich den Vorrang einzuräumen. Tatsächlich wurden jedoch industriepolitische Belange dauernd vernachlässigt ...« Dazu merkt Horst Knapp in seinem beherzigenswerten Kommentar (»Finanznachrichten«, Nr. 5 vom 3. Februar 1978) zu Recht an, daß sich die beklagten Schwierigkeiten mit einer »angeblichen Wachstumsskepsis ausgerechnet der Sozialisten« am wenigsten erklären lassen, und ermahnt die Industrie, sich ihrer konkreten Aufgaben zu widmen, anstatt sich bloß »gesellschaftspolitischem Selbstmitleid« hinzugeben.

Tatsächlich wird es schwer fallen, just einer Regierung die »Vernachlässigung« industriepolitischer Belange nachzuweisen, die weit über die von der Bundessektion als einzig positiv bewerteten Wachstumsgesetze der Ära Koren hinaus Investitionsbegünstigungen geschaffen und Förderungsmittel für industrielle Projekte vergeben hat — all das in einem Maß, das sie oft genug hart an die politische Belastungsgrenze ihrer Kernwählerschaft herangebracht hat. In diesem Zusammenhang muß man sich nur vergegenwärtigen, daß sich eben in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung das Verhältnis zwischen dem Aufkommen von Lohn- und Gewinnsteuern stetig — hier könnte man wirklich schon »rasant« sagen — zu ungunsten der Lohnempfänger entwickelt hat. Daß trotz dieses eklatanten Faktums die »Schlußfolgerungen« voll sind von Klagen über die gewinnfeindliche Steuer- und Preispolitik der Regierung, gehört vermutlich ebenso zum Ritual derartiger Auslassungen wie die ständigen lohnpolitischen Ermahnungen an die Gewerkschaften trotz der in Österreich mehr als irgendwo anders geübten Lohnzurückhaltung und trotz der sinkenden Inflationsrate.

Aber wenden wir uns von den Details dieser routinemäßigen Regierungsschelte den wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen der Bundessektion zu. Zunächst zur Frage des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, von staatlichen und unternehmerischen Aufgaben. Hier verwirrt (wie Horst Knapp mit Recht hervorhebt) der häufige Gebrauch des Wortes »Politik« wie etwa in der Forderung nach einer langfristigen, konzeptiven »Industriepolitik« oder »Strukturpolitik«, so daß man meinen könnte, hier sei der Staat als Träger industrie- beziehungsweise struk-

turpolitischer Maßnahmen angesprochen. Liest man jedoch genauer, so wird klar, daß diese Aufgaben einzig und allein den Unternehmern obliegen, während der Staat lediglich günstige und möglichst konstante »Rahmenbedingungen« für die industrielle Entwicklung zu schaffen habe. So heißt es: »Von der *industriellen Unternehmerschaft* muß daher eine neue strukturpolitische Offensive ausgehen. *Gleichzeitig muß jeder Versuch des Staates, entweder direkt oder über stark ausgeweitete Förderungsmaßnahmen lenkend in die Wirtschaft eingreifen zu wollen, von allem Anfang an entschieden zurückgewiesen werden.*« Oder im selben — gut Friedmanschen — Sinn: »Selbstverständlich ist unter Planung und Beeinflussung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die *entschiedene Abwehr aller Absichten zu verstehen, von außerbetrieblicher Seite her das Wirtschaftsgeschehen in den Unternehmen lenken zu wollen.* Daher verurteilt die Bundessektion Industrie ... energisch die vielfach praktizierte Methode von ›Zuckerbrot und Peitsche‹, mit der sich die öffentliche Hand durch Förderungsmittel — die zuerst vom unternehmerischen Gewinn weggesteuert wurden — Einfluß auf die Betriebe zu erkaufen sucht.« Wie überhaupt jede Planung Angelegenheit der Unternehmer selbst, allenfalls noch der Bundessektion als einer Art von »ideellem Gesamtkapitalisten« sein soll, der Staat aber nur die Rolle des Gentleman zu spielen hat, der bekanntlich zahlt und schweigt.

Sicher ist den Autoren dieses Dokumentes bewußt, daß sie sich mit solchen Feststellungen außerhalb jeder denkbaren wirtschaftlichen und politischen Realität bewegen. Sicher wissen sie auch, daß jede wirtschaftspolitische Aktivität des Staates, handle es sich um die Einnahmen- oder Ausgabenpolitik, um die Art und Verteilung der Infrastrukturleistungen, um den Umweltschutz, die Arbeitsmarktpolitik oder was immer, und natürlich nicht zuletzt um die Vergabe von Förderungsmitteln, direkt oder indirekt strukturpolitische Effekte hat, die das innerbetriebliche Geschehen *nolens volens* beeinflussen. Von der Wirtschaftspolitik zu verlangen, daß sie sich um diese Effekte nicht kümmere, hieße nichts anderes, als die Konzeptlosigkeit zum Prinzip zu erheben. Aber heute geht es um mehr als um solche Selbstverständlichkeiten. In einer Zeit, in der sich aus vielfach erörterten Gründen das wirtschaftspolitische Gespräch überall, in allen internationalen Organisationen und Beratungsgremien der Notwendigkeit einer langfristigen Planung des Wirtschaftsprozesses im Sinne weitreichender ökonomischer und gesellschaftspolitischer Aufgabenstellungen zuwendet, kann eine

so schroffe Kampfansage an jede Art von Planung nur als Ausdruck einer anachronistisch-provinziellen Geisteshaltung verstanden werden — zumal in einem Gemeinwesen, in dem an die 50 Prozent des gesamten Sozialprodukts durch die öffentliche Hand umverteilt wird. Ohne hier weiter auf die globale Problematik — nicht nur, aber auch ökologischer Natur — einzugehen, die diese Notwendigkeit ins allgemeine Bewußtsein gehoben hat, sei der Bundessektion Industrie nur das Studium des Berichtes des *Congressional Advisory Committee on National Growth Policies* (USA) empfohlen, den wir in unserer Nummer 2/1977 kommentiert haben. Hier haben sich Vertreter von Industrie, Gewerkschaften und Wissenschaft darauf geeinigt, daß die alte Alternative »Planung oder Freiheit« heute bereits als gegenstandslos zu betrachten sei und nur mehr die Wahl zwischen »ungeplantem Krisenmanagement und weitsichtiger, demokratischer Planung« zur Diskussion stehe.

Eine weitere Frage, zu der Stellung genommen werden muß, betrifft die Vorstellungen der Bundessektion zum Problem der Wachstumsperspektiven und speziell der »Schrittmacherrolle« der Industrie für das weitere Wachstum. In diesem Zusammenhang wird in der WIFO-Studie darauf hingewiesen, daß eine stärkere Verschiebung der Wirtschaftsstruktur zum tertiären Sektor derzeit vor allem wegen des Zahlungsbilanzeffektes nicht erwünscht sei, gleichzeitig wird aber auch die in den sechziger Jahren diskutierte These von der »vorzeitigen Vergreisung« der österreichischen Wirtschaft durch ein übermäßiges Wachstum der Dienstleistungen als nur auf diesen Zeitraum zutreffend bezeichnet, für die Gegenwart aber zurückgewiesen. Die vom WIFO ausgewiesenen Zahlen zeigen auch deutlich, daß der ohnehin geringfügige Rückgang des nominellen Anteils der Industrie am BNP in Österreich durchaus dem langfristigen internationalen Trend entspricht. Nun kann man dem Zahlungsbilanzargument durchaus zustimmen, da ein Abbau des Handelsbilanzdefizits von der Exportseite her zweifellos in erster Linie von der Industrie getragen werden muß. Abgesehen von diesem Sonderproblem ist jedoch die Umschichtung der Wirtschaftsstruktur von der Industrie zu den Dienstleistungen ein durchaus normaler Ablauf in hochentwickelten Ländern, den umzukehren oder aufzuhalten nicht grundsätzlich ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein kann.

Auch ohne einer radikalkritischen Nullwachstumsphilosophie und Leistungsverweigerung zu huldigen, müßte es heute doch schon klar sein, daß die Wiedererreichung der hohen, historisch einmaligen Wachstumsraten des ver-

gangenen Vierteljahrhunderts nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Der reine Wirtschaftsforscher mag sich mit der Prognose einer bloß mittelfristigen Wachstumsverlangsamung begnügen — mehr ist mit seinen Methoden aus den Daten gewiß nicht herauszulesen. Wer aber die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart im größeren Zusammenhang weltweiter Anzeichen des Wandels gesellschaftlicher Bedürfnisse und Ansprüche auf der einen und dem ökologischen Komplex auf der anderen Seite sieht, wird sich auf eine Perspektive des *kontrollierten Wachstums* auf lange Frist einstellen müssen. Wir können nicht mehr fragen, wie rasch wollen wir wachsen, sondern nur mehr, unter welchen Bedingungen wir ein weiteres Wachstum als wünschenswert betrachten können. Die vom Staat zu setzenden »Rahmenbedingungen« können daher nicht, wie die Bundessektion es wünscht, das größtmögliche industrielle Wachstum garantieren, sie müssen vielmehr auf den demokratischen Ausgleich zwischen dem Bedarf an Gütern und dem Bedarf an Freizeit, an Umweltsanierung, an Zukunftsvorsorge durch Ressourcenmanagement und vieles andere, was unter dem Schlagwort »Lebensqualität« oft diffus zusammengefaßt wird, gerichtet sein. Wenn es nicht gelingt, diesen Ausgleich bei Wahrung der Vollbeschäftigung im Rahmen dessen zustande zu bringen, was die Bundessektion als »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnet und für unabdingbar hält, wird dieser Rahmen auch beim besten Willen nicht ewig zusammenhalten können. Die Mitarbeit der Industrie an einem Konzept, das auch bei geringeren Wachstumsraten die Vollbeschäftigung zu sichern vermag, wäre daher für alle Seiten ein willkommener Beitrag zur Lösung der vor uns stehenden Aufgaben gewesen. Man kann nur bedauern, daß die Gelegenheit dazu in diesem Dokument total versäumt wurde.

Leider entspricht der ganze Stil dieser »Schlußfolgerungen«, die darin zum Ausdruck kommende Kleinlichkeit und der Mangel an Vision, einem schon seit Ende der sechziger Jahre zu beobachtenden Verfall des Niveaus der wirtschaftlichen Debatten in Österreich. Das ist gewiß nicht einer der beiden Seiten der Sozialpartnerschaft allein anzulasten, soll aber aus gegebenem Anlaß als betrübliche — und womöglich bald aus der Welt zu schaffende — Tatsache vermerkt werden.